

**Information zur Initiative »EU-VerfassungsAgenda 2009«  
und Einladung zur Mitarbeit an einem zu bildenden  
BÜRGERKONVENT für eine EU-Verfassung auf der Höhe der Zeit  
Ergebnis einer Tagung – 5. September 2004**

**An alle in zivilgesellschaftlichen Aktivitäten tätigen Menschen in Europa!**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wir möchten über ein Ergebnis einer Tagung informieren, die vom 25. bis 29. 8. 04 im Internationalen Kulturzentrum Achberg (bei Lindau am Bodensee) stattfand und an der europaengagierte Menschen aus mehreren Mitgliedsländern der EU teilgenommen haben.

Die bisher in Deutschland, Österreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Norwegen tätige **IG EuroVision** – die »Initiativ-Gesellschaft zur Förderung der europäischen Integration durch neue Ideen und demokratische Projekte« – hatte für die Tagung den Entwurf eines »Memorandums« vorbereitet. Sie begründet darin das **Projekt für eine neue Verfassungsperspektive der EU** mit dem Ziel, zusammen mit der nächsten Wahl zum europäischen Parlament 2009 über eine aus der Zivilgesellschaft zu entwickelnde Alternative zu dem jetzt aus dem EU-Parlamentarismus hervorgegangenen Verfassungsentwurf des unter dem Vorsitz des Ex-Präsidenten Frankreichs, *Giscard d'Estaing*, arbeitenden »Konvents« plebiszitär zu beschließen.

Auch wenn dieser an traditionellen westeuropäischen Konstitutionsvorstellungen orientierte Entwurf außer durch die nationalen Volksvertretungen zusätzlich plebiszitär verabschiedet werden sollte, kann er allenfalls ein *Dokument des Übergangs* - von den historischen Verträgen der EU hin zu einer *zeitgemäßen Konstitution* für das 21. Jahrhundert - sein. Auch er ist – nicht anders als das zuvor schon vom *Herzog-Konvent* für eine »Charta der Grundrechte« vorgelegte Arbeitsergebnis – unter Zeitdruck über die Köpfe der Europäerinnen und Europäer hinweg und an den Initiativen der Zivilgesellschaft vorbei zustande gekommen. Er ist anachronistisch – noch ehe er in Kraft gesetzt ist.

Die Beratungen über die Vorschläge der IG-EuroVision haben zu dem Beschluss der Konferenz geführt, eine **Kampagne für eine aus der Mitte der Rechtsgemeinschaft der Europäischen Union zu erarbeitende Alternative einzuleiten.**

Diese hat zum Ziel, nach ausführlicher Aufklärung und Diskussion **den Bürgerinnen und Bürgern der EU zum Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert und gleichzeitig mit der Wahl zum europäischen Parlament 2009 den Entwurf einer zeitgemäßen Verfassung zur Entscheidung vorzulegen.**

In einem »Memorandum« werden **drei Schritte** beschrieben, welche zu diesem Ziel führen sollen:

Die verschiedenen Instanzen der Europäischen Union (Rat, Präsidentschaft, Kommission, Konvent und Parlament) werden aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, dass bei den bevorstehenden Plebisziten über den Konvents-Entwurf auch über die **Grundlinien einer Alternative**, wie sie im »Memorandum« (unter III.) skizziert ist, abgestimmt werden kann;

2. noch in diesem Jahr einen Etat einzurichten, welcher es den an dem Projekt sich beteiligenden Initiativen ermöglicht, einen »**BürgerKonvent**« zu bilden, der auf der Basis der im »Memorandum« beschriebenen »Grundlinien« bis 2008 für den plebiszitären Entscheid 2009 eine zeitgemäße Verfassung zu erarbeiten hat. Die Höhe des Etats soll sich nach dem richten, was dem »Konvent« für seine Arbeit zur Verfügung stand.

3. Das Arbeitsergebnis des BürgerKonvents soll ab Mai 2008 ein Jahr lang EU-weit öffentlich diskutiert werden. Der BürgerKonvent kann seinen Entwurf in dieser Phase im Rahmen der »Grundlinien« noch ändern, d. h. Anregungen aus der Diskussion aufnehmen. Ab Februar 2009 soll dann der zur Abstimmung kommende Entwurf vorliegen.

### III. An welchen Intentionen und Erkenntnissen orientieren sich die »Grundlinien« der Alternative?

1. Das Europa des 21. Jahrhunderts soll seine *gesellschaftliche Werteordnung* auf denjenigen Idealen gründen, die in Europa seit dem Beginn der demokratischen Epoche mit der Devise »*Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*« allgemeine Anerkennung gefunden haben, aber noch längst nicht im Alltag des sozialen Lebens verwirklicht worden sind (z. B. hat auch der deutsche Bundespräsident *Horst Köhler* nach seiner Wahl – wie andere vor ihm – wieder einmal nur von der »Kraft der Freiheit« gesprochen, während es hierzulande wie überall in Europa – bei keineswegs schon recht verstandener Freiheit! – gewiss noch immer mehr an den Richtkräften der demokratischen Gleichheit, sozialen Gerechtigkeit und Brüderlichkeit mangelt).

2. Noch weniger als der moderne Nationalstaat kann und darf sich die EU als Gemeinwesen eines neuen Typs in zentralistischen Machtstrukturen entfalten. Die Erkenntnis ist längst überfällig, dass wir eine *dezentrale Struktur* schaffen müssen, die aufnimmt und konsequent weiterführt, was *die innere emanzipatorische Tendenz der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung Europas in den Jahrhunderten der Neuzeit ist*.

Demgemäß müssten die *entsprechenden Organe des Systemganzen* der Europäischen Union deren

- *politisch-rechtliches Subsystem* mit seinem *demokratischen Charakter* (Volksgesetzgebung, Parlament, Exekutive und Rechtsprechung auf der Gemeinschaftsebene), deren
- *ökonomisches Subsystem* mit seinen vertikal und horizontal *assoziativ-verflochtenen Arbeitsstätten* (Wirtschafts- und Sozialrat), deren
- *monetäres Subsystem* mit seiner Verantwortung für die *Währungsstabilität* und die *Finanzierungen eines bedarfsorientiert handelnden Arbeitsfeldes, eines gerecht ausgleichenden Sozialwesens und dementsprechender Besteuerungen für die Erfordernisse der öffentlichen Aufgaben* (EZB und Zentralbanken der Länder mit allen angeschlossenen Bankinstituten) und deren
- *geistig-kulturelles Subsystem als den freien sozialen Ort der Pflege der individuellen Fähigkeiten der Menschen in Erziehung und Bildung, Wissenschaft, Kunst, Religion und in den Medien* (Kulturrat)

verfassungsrechtlich auf der Basis ihrer *systemischen Selbstverwaltung* dergestalt *vernetzen*, dass sie ihre jeweiligen Aufgaben im Ganzen der EU und weltweit möglichst optimal realisieren können.

3. Entsprechend diesem Bild würde es dann in der EU eine *vierfache Mitgliedschaft* geben können, aber auch nur die einfache, zweifache und dreifache wäre möglich.

Weiteres zu diesen »Grundlinien« ist im »Memorandum« beschrieben.

**Bitte besprecht das Projekt in eurem Umfeld und teilt uns mit, wie ihr darüber denkt.** Ob das Ziel erreicht werden kann, wird wesentlich davon abhängen, wieviel Zustimmung und Mitarbeit es aus der Zivilgesellschaft dafür geben wird. Um die Zustimmungen zu organisieren, haben wir im Netz unter der Adresse [www.willensbekundung.net](http://www.willensbekundung.net) (Projekt EU21) eine Sammelstelle eingerichtet. Auch das »Memorandum« steht im Netz zur Verfügung. Für Nachfragen bzw. Ankündigung von Mitarbeit: Kontakt [Projekte@IG-EuroVision.net](mailto:Projekte@IG-EuroVision.net).

Wir freuen uns über eure Antwort und verbleiben mit besten Grüßen!

Peter Frank, Alfred Groff, Wilfried Heidt, Ines Kanka, Martin Koch-Löbner, Gerhard Meister, Sabine Münzebrock, Herbert Schliffka, Gerhard Schuster, Tassilo Seidl-Zellbrugg, Franck Torrin, Stefan Vey, Hermann Willanzheimer, Josef Zeisel

IG-EuroVision / Projekt EU-VerfassungsAgenda 2009